

Teresa Fuchsberger: Reform oder Abschaffung der Laiengerichtsbarkeit im österreichischen Strafrecht?

Wien: NWV im Verl. Österreich 2025.

162 S. (Schriftenreihe der Vereinigung Österreichischer StrafverteidigerInnen; Bd. 42) Print-Ausg.: ISBN 978-3-7083-4266-5 € 56,42 (Deutschland); € 58,00 (Österreich)

Die von der Universität Salzburg 2024 angenommene Dissertation analysiert – mit Seitenblick auf weitere EU-Staaten – das in Österreich vorhandene klassische Schwurgericht in einer stufenweisen Fragestellung seiner Reformierbarkeit, Ersetzung durch das (ggf. reformierte) Schöffengericht bis hin zur Abschaffung jeder Beteiligung der Zivilgesellschaft an der Strafrichterbarkeit. Die Vereinigung Österreichischer StrafverteidigerInnen hat das Werk in ihre Schriftenreihe aufgenommen, weil auch die Anwaltsorganisation über diese Frage diskutiert und sich in der Generalversammlung 2017 mit großer Mehrheit für eine reformierte Geschworenengerichtsbarkeit ausgesprochen hat.

Zentrales Ergebnis der Arbeit ist, dass das Geschworenengericht klassischer Prägung, in dem eine Jury über den Schuldpruch entscheidet, abgeschafft werden soll. Die Ersetzung durch ein Schöffengericht wird unter die zwingende Voraussetzung gestellt, dass die Schöffen über eine juristische Qualifikation verfügen müssen, andernfalls die gänzliche Abschaffung der Laiengerichtsbarkeit empfohlen wird. Diese Qualifikation vorausgesetzt, entwickelt die Autorin eine Reihe von Reformvorschlägen für das Schöffengericht wie – bei dessen Beibehaltung – für das Geschworenengericht. Letzteres sollte ein un-

beschränktes Fragerecht sowie ein durch die Berufsrichter nur einstimmig abzulehnendes Beweisantragsrecht erhalten. An der Beratung der Jury soll ein Berufsrichter ohne Stimmrecht teilnehmen, für den Wahrspruch eine Begründungspflicht eingeführt werden. Interessant ist, dass die Autorin *prima vista* Geschworenen wie Schöffen bestimmte Kompetenzen absprechen will. „Absolut politische Delikte“ sollen einem Einzelrichter oder einem Senat aus drei Berufsrichtern vorbehalten bleiben, dem Schöffengericht die Zuständigkeit für (schwere) Sexualdelikte entzogen werden; hilfsweise sollen die Schöffen als Psychologen, Mitarbeiter von Opfereinrichtungen bzw. Gewaltschutzzentren entsprechend geschult sein. Ergänzt werden die Vorschläge durch Überlegungen, ob die Möglichkeiten zur Anfechtung eines Urteils erweitert werden sollen.

Rechtspolitisch enthält die Schrift eine Reihe diskussionswürdiger, lösungsorientierter Vorschläge, die auch für das deutsche System von Interesse sind. Insoweit muss ein Ergebnis der Studie, eine Vereinheitlichung der Laiengerichtsbarkeit in der EU sei nicht umsetzbar, mit Zurückhaltung betrachtet werden. Es sei auf die Bestrebungen des Europäischen Netzwerks der Vereinigungen Ehrenamtlicher Richter (ENALJ) verwiesen, das eine Harmonisierung der Laienbeteiligung unter Beibehaltung essenzieller Eigenarten anstrebt. Diese kann z. B. den Gedanken der Dissertation aufnehmen, die Teilhabe an der Rechtsprechung nicht auf die Staatsbürger zu begrenzen, sondern auf die (EU-)Einwohner auszudehnen. Unter wissenschaftlichen Aspekten betrachtet, merkt man der Dissertation deutlich an, dass ihr Ergebnis ein erstrebtes, nicht abgeleitetes ist. Sie ist von dem unerschütterlichen Glauben getragen, allein das juristische Studium befähige zu einer unabhängigen und neutralen Urteilsfindung. (hl)

Politik

Ulrike Guérot: ZeitenWenden – Skizzen zur geistigen Situation der Gegenwart.

Neu-Isenburg: Westend-Verl. 2025. 224 S. ISBN 978-3-86489-485-5 € 24,00

„Ich habe nicht mehr viel zu verlieren“, verkündet uns Ulrike Guérot in ihren „Skizzen zur geistigen Situation der Gegenwart“ freimütig und liefert die Abrechnung mit der „extremisierten Mitte“ in einem maliziösen Spaziergang durch die „Zeitenwenden“ gleich mit: Abschied von dieser Art Demokratie, Abschied von der Vernunft, Abschied von dieser Art Europa. Von *Plato* bis *Sartre*, von *Kant* bis *Winkler* bedient sie in wechselnden Bildern den Reißwolf, um die Fassade der „simulativen Demokratie“

(*Ingolfur Blühdorn*) einzureißen, in der die „Polis“ (*Aristoteles*) der „Stasis“ (*Giorgio Agamben*) gewichen ist, einer „gestockten Gesellschaft“, die nicht mehr zu Kompromissen fähig ist, sondern in der Sehnsucht nach Eindeutigkeit, erstarrt in „political correctness“, die *res publica* strukturell reformunfähig macht: „form follows function“ *vice versa* „function follows form“. Eine Gesellschaft, in der dem Menschen in der Pandemie das Klopapier zu kaufen empfohlen wurde, gleichzeitig dem Bürger die Grundrechte gestohlen wurden. Sie folgert: „Je unbestimmter die Rechtsbegriffe, desto autoritärer das System.“

Sie geißelt das Versagen des Staates, das Denken in Geiselhaft zu nehmen: „Demokratie ist eine permanente Revolte“ – kein Zustand, sondern ein Prozess. Die Ausgeburten der

Bildungs-, Sprach- und Denkmutter seien mittlerweile in Amt und Würden ins „Zeitalter der Geistlosigkeit“ aufgestiegen – allein dies sei keine Zeitenwende mehr, sondern ein „Epochenbruch“, in der die KI als Höchststufe geliehenen Verstandes, nicht aber mehr als Vernunft agiert. Unterstützt – „follow the science“ – durch eine Wissenschaft, die sich mit der ihr gewährten Drittmittelfinanzierung zum gemieteten „Wahrsager“ macht – aus Lehrstühlen werden Leerstühle.

Angelehnt an ihre Schrift „Endspiel Europa“ sucht sie nach einer angemessenen Identität Europas, gewachsen aus der Vielfalt ihrer Herkunft, Sprachen und Kulturen, die sich in der „pax americana“ – der Einheit von EU und NATO – nicht bewahren lässt, sondern politisch im „american way of life“ verkommt. Sie fordert ein neues Denken wie eine neue Ordnung, die sie in einer Neutralität Europas – ohne NATO – als Friedensprojekt findet, das föderal, regional, sozial und friedlich „in vielem eins“ ist. Dieses Ziel ist, findet sie, politisch mit den imperialen Zielen der USA/NATO nicht, wohl aber mit einem in die Sicherheitsstruktur Europas eingebundenen Russland,

wirtschaftlich nicht mit dem gegenwärtigen Raubtierkapitalismus zu erreichen, der sich die Politik als Sklavin hält.

Wer sich an die Deutung der „Zeitenwende“ als Verschlüsselung einer Kriegslüsterheit wagt und sich politisch daran stößt, dass die Lüge von gestern nicht mit der Wahrheit von heute entlarvt, sondern mit der Lüge von morgen verschleiert wird, findet in den Skizzen von Ulrike Guérot ausreichend Nahrung und Sichtung. Sie begibt sich mutig und unerschrocken an die Klärung substanzieller Begrifflichkeiten wie Demokratie und Liberalismus und deren Verbrämung im „wehrhaften Staat“, in dem die „Volksvertreter“ von gestern mit der Regierungsbildung merklich zu „Staatsvertretern“ werden, die den Souverän als Gegner erfahren, der sich der politischen Korrektheit entzieht. Sie fordert, den Bürger nicht weiter zu entmündigen, sondern als gärende Hefe im System eines demokratischen Prozesses wieder zu entdecken, um die Risse in der Gesellschaft zu kitten und jene Demokratie zu wagen, in der die Freiheit gegen die Angst verteidigt wird. *Albert Klütsch, Wesseling, ehem. Mitglied des Landtags NRW*

Recht, Allgemein

Gunilla Budde: Jutta Limbach. Ein Leben für die Gerechtigkeit. Biografie. München: Beck 2025. 331 S. ISBN 978-3-406-82663-4 € 29,90

Fast neun Jahre nach dem Tod von *Jutta Limbach* (* 27.3.1934, † 10.9.2016) erscheint die Biografie einer der faszinierendsten Frauen, der ich in meinem politischen und juristischen Leben begegnet bin. Das Werk beschreibt eine Frau, die Wissenschaft, Politik und Menschlichkeit zu vereinbaren wusste. Zu Recht nimmt daher die Familie in der Abhandlung einen großen Raum ein. In vielen Bereichen, in denen sie arbeitete, war Jutta Limbach die einzige Frau unter Männern, hat aber ihr Frau-Sein nie „vermarktet“ – ein heute nur allzu häufig anzutreffender Umstand, ein (einziges) Persönlichkeitsmerkmal zum Geschäftsmodell zu machen. Die Autorin konnte es nicht voraussehen, aber unter dem Eindruck der skandalösen Angriffe auf die zur Bundesverfassungsrichterin vorgeschlagenen *Frauke Brosius-Gersdorf* erhält die Biografie einer im wahrsten Sinne politischen Richterin eine besondere Bedeutung. Auch Jutta Limbach startete als Wissenschaftlerin, war als Justizsenatorin in Berlin Politikerin und krönte als Verfassungsrichterin, später Präsidentin des höchsten deutschen Gerichts ihre berufliche Laufbahn. Diese Darstellung eines politischen Lebens im Sinne der politeia bzw. res publica, das sich dem idealen Staat mit Gerechtigkeit für alle widmete, entlarvt die heutige unheilige Allianz von kirchlichen, politischen und medialen Vertretern, die notwendige Voraussetzungen für ein richterliches Amt wie Meinungsstärke, Charakter, Rationali-

tät und Offenheit der Argumentation mit an Verleumdung grenzender Kritik überziehen. Jutta Limbach hat die Macht gezielter Kampagnen selbst erlebt, als sie für das Amt der Bundespräsidentin ins Gespräch gebracht und medial „hinausgeschrieben“ wurde. Ihre Fähigkeit zu rational-strukturiertem Denken war bewundernswert. Bei einem Rechtspolitischen Kongress der SPD leitete sie einen Arbeitskreis so stringent, dass ich als Berichterstatter keine Mühe hatte, eine fünfstündige Diskussion binnen kurzer Zeit in einem alles Wesentliche beinhaltenden Bericht als Einleitung für die Debatte im Plenum zusammenzufassen.



Prof. Dr. Jutta Limbach und Hasso Lieber anlässlich der Festveranstaltung zum 10-jährigen Bestehen der Deutschen Vereinigung der Schöffinnen und Schöffen „Ehrenamtliche Richter – Demokratie oder Dekoration am Richtertisch?“ am 13.3.1999 in der Universität Leipzig | Foto: privat